

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 13. Auflage	v
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Schrifttum (Auswahl)	XXXIII
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	14
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	22
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	27
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	39
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	39
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	47
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	52
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	57
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	63
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	72
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	75
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	75
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	82
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	91
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	104
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	109
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	116
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	125
§ 17 Erfüllung	125
§ 18 Die Aufrechnung	135
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	141
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	147
1. Abschnitt. Grundlagen	147
§ 20 Einführung	147
§ 21 Die Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die Leistungspflicht	153
§ 22 Die Pflichtverletzung	168
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	175
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	190
§ 24 Allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	190
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	197
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	202
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	211
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	229
§ 29 Berechnung des Schadensatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	235
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	237
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	240
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	243
§ 32 Grundentscheidungen	244
§ 33 Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung	247

§ 34 Schutzpflichtverletzung	253
§ 35 Unmöglichkeit	254
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	263
§ 36 Gläubigerverzug	263
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	269
§ 38 Vertragsstrafe	278
 6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	285
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	285
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	290
 7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	303
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzrechts	303
§ 42 Besondere Vertriebsformen	317
 8. Teil. Schadensrecht	337
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	337
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	339
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	343
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	359
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	364
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	372
§ 49 Grenzfälle	378
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	388
 9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	401
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	401
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	412
§ 53 Der Austausch des Schuldners	433
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldndern	441
 Anhang I: Das Leistungsstörungsrecht in der Fallbearbeitung	455
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	455
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	460
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	462
D. Rücktritt	464
 Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	467
 Paragraphenregister	471
Sachverzeichnis	479
Entscheidungsregister	489

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 13. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Schrifttum (Auswahl)	XXXIII
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
I. Das Schuldverhältnis als Gegenstand des Schuldrechts	1
1. Der Begriff des Schuldverhältnisses	1
2. Die Funktion des Schuldrechts	2
II. Das Schuldverhältnis im engeren und weiteren Sinne	2
III. Die Pflichten aus dem Schuldverhältnis	3
1. Leistungspflichten	3
a) Hauptleistungspflichten und Nebenleistungspflichten	3
b) Primäre und sekundäre Leistungspflichten	5
c) Leistungshandlung und Leistungserfolg	5
d) Möglicher Inhalt der Leistungspflicht	6
2. Schutzpflichten	6
a) Gesetzliche Regelung	6
b) Verhältnis zu den deliktischen Verkehrspflichten	8
c) Konkurrenzen	8
3. Bedeutung der Unterscheidung von Leistungs- und Schutzpflichten	9
IV. Obliegenheiten	10
V. Unvollkommene Verbindlichkeiten (Naturalobligationen)	11
VI. Schuldrechtliche Pflichten und dingliche Rechtslage	11
VII. Die Relativität schuldrechtlicher Rechte und Pflichten	12
1. Grundsatz	12
2. Durchbrechungen	12
VIII. Die Haftung des Schuldners für seine Verbindlichkeit	13
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	14
I. Das Zweite Buch des BGB	14
1. Allgemeiner und Besonderer Teil des Schuldrechts	14
2. Der Aufbau des Allgemeinen Schuldrechts	15
II. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Büchern des BGB	15
III. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Gesetzen	16
IV. Der Einfluss des Grundgesetzes auf das Schuldrecht	16
V. Der Einfluss des EU-Rechts auf das Schuldrecht	17
1. EU-Richtlinien als Grundlage des deutschen Schuldrechts	17
2. Die Bedeutung der europäischen Grundfreiheiten	19
VI. Internationale Vereinheitlichung des Schuldrechts	19
1. UN-Kaufrecht	19
2. Unidroit-Principles und Principles of European Contract Law	20
3. Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens und Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	20
VII. Die Reform des deutschen Schuldrechts durch das SchuldRModG	21
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	22
I. Grundgedanken und Elemente der Vertragsfreiheit	22
II. Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	23
III. Das Problem der gestörten Verhandlungsparität	24
1. Allgemeines	24

2. Fallgruppen	24
a) Gesetzliche Typisierungen von Ungleichgewichtslagen	25
b) Störung der Verhandlungsparität im Einzelfall	25
IV. Schutz vor Diskriminierungen nach dem AGG	26
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	27
I. Funktion und Bedeutung des § 242	27
II. Allgemeine Grundsätze der Anwendung des § 242	29
1. Anwendungsbereich des § 242	29
2. Die maßgeblichen Interessenwertungskriterien	30
a) Treu und Glauben	30
b) Verkehrssitte	30
III. Abgrenzungen	31
1. Treu und Glauben und Verkehrssitte in § 157	31
2. Gesetzliche Konkretisierungen des § 242	31
3. Sittenwidrigkeit und Schikane	32
IV. Fallgruppen des § 242	32
1. Konkretisierungs- und Ergänzungsfunktion	32
2. Schrankenfunktion	33
a) Fehlendes schutzwürdiges Eigeninteresse	34
b) Unverhältnismäßigkeit	34
c) Unzumutbarkeit aus persönlichen Gründen	34
d) Unredlicher Rechtserwerb und Zugangsvereitelung	35
e) Widersprüchliches Verhalten	35
f) Verwirkung	36
3. Kontroll- und Korrekturfunktion	37
 2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	39
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	39
I. Allgemeines	39
II. Schuldvertrag und Gefälligkeitsverhältnis	40
1. Abgrenzung	40
2. Rechtspflichten im Rahmen von Gefälligkeitsverhältnissen	41
a) Das Fehlen von Leistungspflichten	41
b) Schutzpflichten	41
c) Haftungsmilderungen im Deliktsrecht	42
III. Rechtliche Folgen der Erbringung unbestellter Leistungen	43
1. Normzweck und systematische Stellung des § 241a	43
2. Voraussetzungen	43
3. Rechtsfolgen	44
a) Ausschluss vertraglicher Ansprüche	44
b) Auswirkungen auf gesetzliche Ansprüche	45
IV. Die Draufgabe	46
1. Funktion	46
2. Abgrenzungen	46
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	47
I. Positive Abschlussfreiheit und Abschlussverbote	47
II. Negative Abschlussfreiheit und Kontrahierungszwang	48
1. Gesetzlicher Kontrahierungszwang	48
2. Allgemeiner Kontrahierungszwang aus § 826	48
a) Grundlagen	48
b) Versorgung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen	49
c) Verstoß gegen Diskriminierungsverbote	50
3. Kontrahierungszwang nach dem AGG	51
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	52
I. Allgemeines	52
II. Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb eines Grundstücks	52
1. Schutzzweck	52
2. Anwendungsbereich des § 311b I	53
3. Umfang des Formzwangs und Rechtsfolgen des Formfehlers	54

4. Divergenzfälle	54
a) Irrtümliche Falschbezeichnung	55
b) Bewusste Divergenz von Wille und Erklärung	55
5. Heilung des Formmangels	55
III. Verträge über das gegenwärtige Vermögen	56
IV. Vertrag über den künftigen gesetzlichen Erbteil oder Pflichtteil	56
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	57
I. Entwicklung der Lehre vom Verschulden bei Vertragsverhandlungen	57
II. Die Kodifikation der culpa in contrahendo durch das SchuldRModG	58
III. Entstehung des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	58
1. Aufnahme von Vertragsverhandlungen	58
2. Vertragsanbahnung	58
3. Ähnliche geschäftliche Kontakte	59
IV. Inhalt des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	60
1. Schutz der Rechte und Rechtsgüter	60
2. Schutz des Vermögens	60
a) Nichtzustandekommen eines günstigen Vertrages	60
b) Zustandekommen eines ungünstigen Vertrages	61
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	63
I. Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich des Schuldverhältnisses	63
1. Problemstellung	63
2. Dogmatische Einordnung	64
3. Voraussetzungen für die Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich	65
a) Bestimmungsgemäße Leistungsnähe des Dritten	65
b) Berechtigtes Interesse des Gläubigers an der Einbeziehung des Dritten	66
c) Erkenntbarkeit von Leistungsnähe und Gläubigerinteresse	67
d) Schutzbefürftigkeit des Dritten	67
4. Rechtsfolgen	67
II. Haftung Dritter nach vertraglichen Grundsätzen	69
1. Voraussetzungen der Dritthaftung	69
2. Fallgruppen	70
a) Haftung von Vertretern und Verhandlungshelfern	70
b) Haftung von Sachverständigen und anderen Experten	70
c) Verhältnis zur Haftung des Verkäufers	71
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	72
I. Allgemeines	72
II. Die einzelnen gesetzlichen Schuldverhältnisse im Überblick	72
1. Besonderes Schuldrecht	72
a) Geschäftsführung ohne Auftrag	72
b) Ungerechtfertigte Bereicherung	73
c) Unerlaubte Handlungen	73
2. Gesetzliche Schuldverhältnisse außerhalb des Schuldrechts	74
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	75
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	75
I. Parteivereinbarung	75
1. Die Gestaltungs- und Abänderungsfreiheit der Parteien	75
2. Schranken der privatautonomen Inhaltsbestimmung	75
a) Generelle Grenzen	75
b) Verträge über das künftige Vermögen	76
c) Verträge über den Nachlass eines noch lebenden Dritten	76
d) Sonstige Schranken der Inhaltsfreiheit	77
II. Bestimmung der Leistung durch eine Partei oder einen Dritten	77
1. Leistungsbestimmung durch eine Partei	78
a) Der Maßstab des billigen Ermessens	78
b) Ausübung des Bestimmungsrechts	79
c) Bestimmung der Gegenleistung	79
d) Spezifikationskauf im Handelsrecht	79
2. Leistungsbestimmung durch einen Dritten	80

a) Maßstab und gerichtliche Kontrolle	80
b) Anfechtung der Bestimmung	80
c) Bestimmung durch mehrere Dritte	81
d) Schiedsgutachtenvertrag und Schiedsvereinbarung	81
III. Dispositives Recht	81
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	82
I. Art und Weise der Leistung	82
1. Teilleistung	82
a) Die Regelung des § 266	82
b) Rechtsfolgen	83
2. Leistung durch Dritte	83
a) Persönliche Leistungspflicht	83
b) Voraussetzungen des § 267	84
c) Rechtsfolgen	85
3. Ablösungsrecht des Dritten	85
II. Leistungsart	86
1. Begriff und Bedeutung	86
2. Arten der Schuld	86
3. Die Bestimmung des Leistungsortes	87
4. Sonderregelung für Geldschulden	87
III. Leistungszeit	89
1. Begriffe	89
2. Die Bestimmung der Leistungszeit	89
3. Vereinbarungen über Zahlungs-, Überprüfungs- und Abnahmefristen	90
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	91
I. Überblick	91
II. Die Gattungsschuld	92
1. Allgemeines	92
2. Das Auswahlrecht des Schuldners	93
3. Die Beschaffungspflicht des Schuldners	93
a) Unbeschränkte (marktbezogene) Gattungsschuld	93
b) Beschränkte Gattungsschuld (Vorratsschuld)	94
4. Konkretisierung	94
a) Voraussetzungen	94
b) Rechtsfolgen	95
c) Bindungswirkung der Konkretisierung	96
III. Wahlschuld und ähnliche Institute	97
1. Wahlschuld	97
a) Praktische Bedeutung	97
b) Das Wahlrecht und seine Ausübung	97
c) Verzögerte Ausübung des Wahlrechts	98
d) Unmöglichkeit	98
2. Ersetzungsbefugnis	99
a) Allgemeines	99
b) Ersetzungsbefugnis im Autohandel	99
c) Bindungswirkung der Ersetzungserklärung	100
3. Elektive Konkurrenz	100
IV. Geldschuld	101
1. Allgemeines	101
2. Begleichung von Geldschulden	101
3. Besondere Arten der Geldschuld	102
a) Fremdwährungsschuld	102
b) Geldsortenschuld	102
4. Zinsen	102
a) Begriff	103
b) Entstehungsgründe	103
c) Höhe des Zinssatzes	103
d) Verbot des Zinseszinses	104

§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	104
I. Aufwendungsersatz	105
1. Der Begriff der Aufwendung	105
2. Allgemeine Regeln	106
II. Wegnahmerecht	107
III. Auskunfts- und Rechenschaftspflicht	108
1. Grundsätze der Auskunftspflicht	108
2. Sonderfälle der Auskunftspflicht	108
a) Pflicht zur Rechenschaft	108
b) Pflicht zur Vorlage eines Bestandsverzeichnisses	109
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	109
I. Das allgemeine Zurückbehaltungsrecht (§§ 273, 274)	109
1. Grundlagen	109
2. Voraussetzungen des Zurückbehaltungsrechts nach § 273 I	110
a) Gegenseitige Ansprüche	110
b) Konnexität der Ansprüche	110
c) Durchsetzbarkeit und Fälligkeit des Gegenanspruchs	110
d) Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts	111
3. Sonderfälle	112
a) Das Zurückbehaltungsrecht nach § 273 II	112
b) Das kaufmännische Zurückbehaltungsrecht (§§ 369ff. HGB)	112
c) Das Zurückbehaltungsrecht des Besitzers gegenüber dem Eigentümer	113
II. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§§ 320–322)	113
1. Grundgedanken	113
2. Voraussetzungen des Leistungsverweigerungsrechts	114
3. Rechtsfolgen	115
4. Unsicherheitseinrede bei Vorleistungspflicht (§ 321)	115
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	116
I. Einführung	116
II. Anwendungsbereich der §§ 305ff.	117
III. Begriffsbestimmung	118
IV. Einbeziehungskontrolle	118
1. Allgemeine Grundsätze	118
2. Rücksichtnahme auf körperliche Behinderungen	119
3. Besonderheiten bei Verwendung von AGB gegenüber Unternehmen	120
V. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305c)	120
VI. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit	121
VII. Inhaltskontrolle	121
1. Überblick	121
2. Die Inhaltskontrolle nach § 307 I und II	121
a) Die Generalklausel des § 307 I 1	121
b) Das Transparenzgebot des § 307 I 2	122
c) Die Regelbeispiele des § 307 II	122
3. Die speziellen Klauselverbote (§§ 308, 309)	123
4. Rechtsfolgen	123
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	125
§ 17 Erfüllung	125
I. Begriff	125
II. Person des Leistenden	125
III. Empfänger der Leistung	125
IV. Wirkung der Erfüllung	127
1. Erlöschen des Schuldverhältnisses	127
2. Beweislastumkehr	127
3. Quittung und Schuldschein	127
4. Tilgungsreihenfolge	128
a) Tilgungsbestimmung durch den Schuldner	128
b) Gesetzliche Tilgungsreihenfolge	129
c) Anrechnung auf Zinsen und Kosten	129

V. Rechtsnatur der Erfüllung	130
1. Streitstand	130
2. Stellungnahme	131
VI. Leistung an Erfüllungen statt	132
1. Rechtsnatur	132
2. Abgrenzung zur Leistung erfüllungshalber	133
3. Gewährleistung	134
§ 18 Die Aufrechnung	135
I. Allgemeines	135
II. Voraussetzungen	136
1. Aufrechnungslage	136
a) Gegenseitigkeit der Forderungen	136
b) Gleichartigkeit der Forderungen	136
c) Durchsetzbarkeit der Gegenforderung	137
d) Wirksamkeit und Erfüllbarkeit der Hauptforderung	138
2. Aufrechnungserklärung	138
3. Kein Ausschluss der Aufrechnung	138
a) Vertraglicher Ausschluss der Aufrechnung	138
b) Ausschluss der Aufrechnung durch Gesetz	139
III. Wirkung der Aufrechnung	140
IV. Mehrheit von Forderungen	140
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	141
I. Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	141
1. Voraussetzungen der Hinterlegung	141
a) Hinterlegungsgründe	141
b) Hinterlegungsfähigkeit des geschuldeten Gegenstandes	142
2. Rücknahmerecht des Schuldners und Wirkung der Hinterlegung	142
3. Selbsthilfeverkauf	143
II. Erlass und negatives Schuldanerkenntnis	143
III. Novation und Konfusion	144
 5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	147
1. Abschnitt. Grundlagen	147
§ 20 Einführung	147
I. Problemstellung	147
1. Verletzung von Leistungspflichten	147
a) Nichtleistung	147
b) Schlechteistung	148
2. Verletzung von Schutzpflichten	148
II. Das Leistungsstörungsrecht vor der Reform	149
III. Das System des geltenden Leistungsstörungsrechts	150
1. Das Konzept der Pflichtverletzung	150
2. Die Grenzen des Konzepts	150
a) Auswirkungen der Unmöglichkeit auf die Leistungspflicht	150
b) Das System der Schadensersatzansprüche	151
c) Das System der Rücktrittsrechte	152
3. Fazit: Das geltende Leistungsstörungsrecht als »Mischsystem«	152
§ 21 Die Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die Leistungspflicht	153
I. Überblick	153
II. Echte Unmöglichkeit	154
1. Naturgesetzliche (physische) Unmöglichkeit,	154
a) Allgemeines	154
b) Zweckerreichung und Zweckfortfall	155
c) Zweckstörung	155
2. Rechtliche Unmöglichkeit	156
3. Besonderheiten bei Gattungs- und Geldschulden	156
4. Objektive und subjektive Unmöglichkeit	156
5. Anfängliche und nachträgliche Unmöglichkeit	157
6. Vollständige und teilweise Unmöglichkeit	157

7. Vorübergehende Unmöglichkeit	158
8. Irrelevanz des Vertretenmüssens	159
III. Grobes Missverhältnis von Aufwand und Leistungsinteresse	159
1. Begriff	159
2. Konkretisierung des »groben Missverhältnisses«	161
3. Besonderheiten bei Gattungsschulden	162
4. Abgrenzung zur Äquivalenzstörung	163
IV. Persönliche Unzumutbarkeit	164
1. Voraussetzungen	164
2. Leistungsverweigerung aus Gewissensgründen	165
V. Rechtsfolgen	165
§ 22 Die Pflichtverletzung	168
I. Begriff der Pflichtverletzung	168
II. Verzögerung der Leistung	168
1. Wirksamkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	169
2. Nicht rechtzeitige Erbringung der Leistung	170
III. Schlechtleistung	170
1. Allgemeines	170
2. Insbesondere: Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel	171
a) Die mangelhafte Leistung als Fall der Schlechtleistung	171
b) Sach- und Rechtsmängel im Kaufrecht	171
c) Die Rechte des Käufers	172
d) Besonderheiten bei der Verjährung	173
IV. Schutzpflichtverletzung	173
V. Unmöglichkeit	173
1. Der Streit über den Inhalt der Pflichtverletzung	174
2. Würdigung	174
3. Irrelevanz der Pflichtverletzung bei § 326	174
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	175
I. Haftung für eigenes Verschulden	175
1. Vorsatz	176
2. Fahrlässigkeit	176
a) Allgemeines	176
b) Der Maßstab der Fahrlässigkeit	177
3. Verantwortungsfähigkeit	178
II. Einschränkungen des Sorgfaltsmaßstabs	179
1. Vertrag	179
2. Gesetz	180
3. Haftungsmilderung aus dem sonstigen Inhalt des Schuldverhältnisses	181
III. Haftung ohne Verschulden	182
1. Übernahme einer Garantie	182
2. Übernahme eines Beschaffungsrisikos	184
a) Anwendungsbereich	184
b) Reichweite des Beschaffungsrisikos	184
3. Geldschulden	185
IV. Die Haftung für Erfüllungsgehilfen und gesetzliche Vertreter	185
1. Allgemeines	185
a) Struktur des § 278	185
b) Begriff des Erfüllungsgehilfen	185
c) Begriff des gesetzlichen Vertreters	186
2. Voraussetzungen der Haftung für Dritte nach § 278	187
a) Schuldverhältnis	187
b) Handeln in Erfüllung der Verbindlichkeit	187
3. Rechtsfolgen	188
4. Exkurs: Die Haftung für Dritte im außervertraglichen Bereich	189
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	190
§ 24 Allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	190
I. Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs nach § 280 I	192
1. Schuldverhältnis	192

2. Pflichtverletzung	192
3. Vertretenmüssen	193
a) Dogmatische Einordnung und Verteilung der Beweislast	193
b) Abgrenzung zur Pflichtverletzung	194
c) Bezugspunkt des Vertretenmüssens	195
4. Schaden	195
II. Abgrenzung der Arten des Schadensersatzes	195
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	197
I. Anwendungsbereich	197
II. Fallgruppen	197
1. Verletzung von Schutzpflichten	197
a) Schutzpflichtverletzungen im Rahmen von Verträgen (§ 311 I)	198
b) Rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse	198
2. Schlechtleistung	199
a) Allgemeines	199
b) Einzelfälle	199
c) Einordnung des Nutzungsausfallschadens	201
3. Nichteistung trotz Möglichkeit und Unmöglichkeit	202
III. Rechtsfolgen	202
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	202
I. Schuldnerverzug	202
II. Allgemeine Voraussetzungen	203
1. Nichteistung trotz Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	203
2. Mahnung	204
3. Vertretenmüssen	205
III. Entbehrlichkeit der Mahnung (§ 286 II)	205
1. Leistungszeit nach dem Kalender	205
2. Kalendermäßige Berechenbarkeit der Leistungszeit ab einem Ereignis	206
3. Ernsthafe und endgültige Leistungsverweigerung	207
4. Sofortiger Verzug aus besonderen Gründen	207
5. Vertraglicher Ausschluss der Mahnung	207
IV. Sonderregelung für Entgeltforderungen (§ 286 III)	207
V. Rechtsfolgen des Schuldnerverzugs	209
1. Ersatz des Verzögerungsschadens	209
2. Weitere Rechtsfolgen	209
a) Verschärfung der Verantwortlichkeit des Schuldners	209
b) Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen	210
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	211
I. Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung (§§ 280 I, III, 281)	212
1. Allgemeines	212
2. Schuldverhältnis	212
3. Pflichtverletzung	213
a) Nichteistung (Verzögerung)	213
b) Leistung nicht wie geschuldet (Schlechtleistung)	213
c) Abgrenzungsprobleme	214
4. Notwendigkeit der Fristsetzung	214
a) Inhalt der Fristsetzung	214
b) Zeitpunkt der Fristsetzung	215
c) Angemessenheit der Frist	215
5. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	216
a) Ernsthafe und endgültige Leistungsverweigerung	216
b) Besondere Gründe	218
c) Sonderregeln im Kauf- und Werkvertragsrecht	219
6. Abmahnung statt Fristsetzung	219
7. Vertretenmüssen	219
8. Schaden	220
9. Rechtsfolgen	220
a) Das Verhältnis von Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	220
b) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Teilleistung	221

c) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Schlechtleistung	222
d) Zuwenigleistung im Kaufrecht	223
e) Rückforderung erbrachter (Teil-)Leistungen	224
II. Schutzpflichtverletzung (§§ 280 I, III, 282)	224
1. Allgemeines	224
2. Grundelemente der Haftung	225
3. Das Kriterium der Unzumutbarkeit	225
4. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	226
III. Nachträgliche Unmöglichkeit (§§ 280 I, III, 283)	226
1. Allgemeines	226
2. Grundelemente der Haftung	227
3. Funktion des § 283 S. 1	227
4. Schadensersatz statt der ganzen Leistung (§ 283 S. 2)	227
a) Teilweise Unmöglichkeit	228
b) Irreparable Schlechtleistung	228
c) Rückforderung des Geleisteten	228
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	229
I. Allgemeines	229
II. Voraussetzungen	229
1. Wirksamer Vertrag	230
2. Nichtleistung aufgrund anfänglicher Unmöglichkeit	231
3. Vertretenmüssen	232
4. Schaden	233
III. Rechtsfolgen	233
1. Schadensersatz statt der Leistung	233
2. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	234
3. Haftung auf das Vertrauensinteresse bei fehlendem Vertretenmüssen	234
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	235
I. Differenz- und Surrogationstheorie	235
II. Der praktische Vorrang der Differenztheorie	236
III. Wahlrecht zugunsten der Surrogationstheorie	236
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	237
I. Problemstellung	237
1. Verträge mit wirtschaftlicher Zielsetzung	237
2. Verträge zur Verwirklichung immaterieller Zwecke	237
II. Voraussetzungen des Anspruchs auf Aufwendungsersatz	238
1. Allgemeine Voraussetzungen	238
2. Aufwendungen im Vertrauen auf den Erhalt der Leistung	239
3. Zweckverfehlung infolge der Pflichtverletzung	239
III. Verhältnis zum Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung	240
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	240
I. Voraussetzungen	241
1. Schuldverhältnis	241
2. Ausschluss der Leistungspflicht nach § 275	241
3. Erlangung eines Surrogats	242
4. Identität von geschuldetem und ersetzttem Gegenstand	242
II. Rechtsfolgen	242
III. Konkurrenzen	243
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	243
§ 32 Grundsentscheidungen	244
I. Parallele Grundstruktur mit Schadensersatz statt der Leistung	244
II. Verzicht auf das Vertretenmüssen	246
III. Rücktritt und Schadensersatz	246
§ 33 Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung	247
I. Anwendungsbereich	247
II. Notwendigkeit der Fristsetzung	247
III. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	248
IV. Rücktritt vor Eintritt der Fälligkeit	250
V. Rücktritt bei Teilleistung und Schlechtleistung	251

VI. Ausschluss des Rücktritts (§ 323 VI)	252
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Rücktrittsgrund	252
2. Annahmeverzug	252
VII. Rechtsfolgen	252
§ 34 Schutzpflichtverletzung	253
I. Voraussetzungen	253
II. Mitverantwortlichkeit des Gläubigers	254
§ 35 Unmöglichkeit	254
I. Anwendungsbereich	254
II. Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 I)	255
1. Grundsatz	255
2. Teilweise Unmöglichkeit	255
3. Irreparable Schlechtleistung (qualitative Unmöglichkeit)	255
4. Abgrenzung	256
III. Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 II)	256
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für die Unmöglichkeit	256
a) Allgemeines	256
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers bei anfänglicher Unmöglichkeit	257
c) Von beiden Seiten zu vertretende Unmöglichkeit	257
2. Annahmeverzug	259
3. Rechtsfolgen	259
4. Exkurs: Weitere Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht	259
IV. Besonderheiten bei Geltendmachung des Ersatzes (§ 326 III)	260
V. Rückforderung der schon erbrachten Gegenleistung (§ 326 IV)	261
VI. Rücktritt	261
1. Irreparable Schlechtleistung	261
2. Teilweise Unmöglichkeit	261
3. Nicht synallagmatische verknüpfte Leistungspflichten	262
4. Bedeutung des Rücktrittsrechts in den sonstigen Fällen	262
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	263
§ 36 Gläubigerverzug	263
I. Allgemeines	263
II. Voraussetzungen des Gläubigerverzugs	263
1. Erfüllbarkeit der (möglichen) Leistung	263
2. Ordnungsgemäßes Angebot	264
a) Notwendigkeit des Angebots	264
b) Entbehrlichkeit des Angebots	264
3. Nichtannahme der Leistung	265
III. Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	265
1. Fortbestand der Leistungspflicht	265
2. Haftungserleichterung für den Schuldner	266
3. Übergang der Leistungsgefahr bei Gattungs- und Geldschulden	266
4. Übergang der Preisgefahr und Ausschluss des Rücktrittsrechts	267
5. Sonstige Rechtsfolgen	268
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	269
I. Einführung	269
II. Anwendungsbereich	270
1. Vorrang vertraglicher Vereinbarungen	270
2. Vorrang spezieller gesetzlicher Regelungen	270
III. Voraussetzungen	271
1. Vorliegen einer Geschäftsgrundlage	271
2. Schwerwiegende Änderung der Umstände oder wesentlicher Irrtum	272
3. Relevanz des Umstands für den Vertragsschluss	273
4. Unzumutbarkeit des Festhaltens am unveränderten Vertrag	273
IV. Rechtsfolgen	274
1. Primär: »Anpassung des Vertrages«	274
2. Rücktritts- bzw. Kündigungsrecht	275
V. Fallgruppen	275
1. Nachträgliche Änderung der Verhältnisse	275

a) Äquivalenzstörung	275
b) Zweckstörung	276
2. Gemeinsame Fehlvorstellungen	277
§ 38 Vertragsstrafe	278
I. Funktion der Vertragsstrafe und systematische Stellung der Regelung	278
II. Struktur des unselbstständigen (»echten«) Strafversprechens	278
III. Abgrenzungen	279
1. Selbstständiges (»unechtes«) Strafversprechen	279
2. Pauschalierung von Schadensersatzansprüchen	279
IV. Voraussetzungen des Anspruchs auf Entrichtung der Vertragsstrafe	280
1. Wirksames Strafversprechen	280
2. Verletzung der (bestehenden) gesicherten Hauptpflicht	281
3. Eigene Vertragstreue des Gläubigers	282
V. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	282
VI. Verhältnis zum Schadensersatzanspruch	282
VII. Höhe der Vertragsstrafe und richterliche Kontrolle	283
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	285
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	285
I. Vertragliche Aufhebung von Schuldverhältnissen	285
II. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	286
1. Problemstellung	286
2. Wichtiger Grund	287
3. Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung	288
4. Ausübung des Kündigungsrechts und Rechtsfolgen der Kündigung	289
5. Konkurrenzen	290
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	290
I. Allgemeines	290
1. Voraussetzungen des Rücktritts	290
2. Ausübung des Rücktrittsrechts	291
3. Wirkungen des Rücktritts	291
4. Sonderregeln	292
5. Auswirkungen der Schuldrechtsreform	292
II. Rückgewähr der empfangenen Leistungen und Wertersatzpflicht	292
1. Rückgewähr in natura	292
2. Wertersatz	293
a) Ausschluss der Rückgewähr nach der Natur des Erlangten	293
b) Verbrauch, Veräußerung, Belastung, Verarbeitung, Umgestaltung	293
c) Verschlechterung oder Untergang	293
d) Berechnung des Wertersatzes	294
3. Ausschluss des Anspruchs auf Wertersatz	295
a) Entdeckung des Mangels bei der Verarbeitung oder Umgestaltung	295
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Schaden	296
c) Privilegierung des Berechtigten bei gesetzlichen Rücktrittsrechten	296
III. Nutzungen und Verwendungen	297
1. Herausgabe und Ersatz von Nutzungen	297
2. Ersatz von Verwendungen	298
a) Notwendige Verwendungen	298
b) Andere Aufwendungen	299
IV. Der Anspruch auf Schadensersatz	299
1. Problemstellung	299
2. Untergang oder Verschlechterung nach Rücktrittserklärung	300
3. Untergang oder Verschlechterung vor Rücktrittserklärung	300
a) Vertragliches Rücktrittsrecht	300
b) Gesetzliches Rücktrittsrecht	300
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	303
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzrechts	303
I. Grundgedanken und Systematik	303

II. Der Begriff des Verbrauchervertages	304
III. Anwendungsbereich der §§ 312ff.	305
IV. Allgemeine Grundsätze und Pflichten bei Verbraucherverträgen	306
1. Informationspflichten des Unternehmers	306
a) Telefonische Kontaktaufnahme	306
b) Informationspflichten im stationären Handel	306
2. Grenzen der Vereinbarung von Entgelten	308
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	309
1. Überblick	309
2. Gemeinsame Grundsätze des Widerrufs	309
a) Dogmatische Einordnung und Ausübung des Widerrufsrechts	310
b) Widerrufsfrist und Belehrung	310
c) Allgemeine Rechtsfolgen des Widerrufs	312
d) Widerruf nichtiger Verträge	312
VI. Der Schutz des Verbrauchers bei verbundenen Verträgen	313
1. Verbundene Verträge	313
2. Widerrufsdurchgriff	314
a) Allgemeines	314
b) Zusammenhängende Verträge	315
3. Einwendungsdurchgriff	316
§ 42 Besondere Vertriebsformen	317
I. Überblick	317
II. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge (§ 312b)	318
1. Begriff der Geschäftsräume	318
2. Besondere Situation des Vertragsschlusses	318
a) Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen	318
b) Vertragsangebot des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	319
c) Persönliches Ansprechen des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	319
d) Vertragsschluss auf einem vom Unternehmer organisierten Ausflug	319
3. Handeln Dritter im Namen oder Auftrag des Unternehmers	320
4. Entgeltliche Leistung und Anwendbarkeit auf die Bürgschaft	320
III. Fernabsatzverträge (§ 312c)	322
IV. Informationspflichten des Unternehmers (§ 312d)	322
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	323
1. Ausnahmen vom Widerrufsrecht	324
2. Ausübung des Widerrufsrechts	325
3. Rechtsfolgen des Widerrufs (außer bei Verträgen über Finanzdienstleistungen)	326
a) Frist zur Rückgewähr	326
b) Modalitäten der Rückabwicklung	326
c) Kosten der Rücksendung	327
d) Ersatzpflicht des Verbrauchers für Wertverlust der Waren	327
e) Sonderfälle der Wertersatzpflicht des Verbrauchers	329
4. Rechtsfolgen des Widerrufs bei Verträgen über Finanzdienstleistungen	330
5. Ausschluss weitergehender Ansprüche und abweichender Vereinbarungen	331
VI. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen bei Wechsel des Anbieters	332
VII. Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäftsverkehr	332
1. Allgemeine Pflichten	332
2. Besondere Pflichten gegenüber Verbrauchern	333
VIII. Unzulässigkeit abweichender Vereinbarungen	334
8. Teil. Schadensrecht	337
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	337
I. Die Funktion des Schadensersatzes	337
II. Der Grundsatz der Totalreparation	337
III. Die Bedeutung des kollektiven Schadensausgleichs	338
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	339
I. Begriff	339
II. Vermögens- und Nichtvermögensschäden	340
III. Positives und negatives Interesse	342

§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	343
I. Grundlagen	343
1. Kausalität als Mindestvoraussetzung der Schadenszurechnung	343
2. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	343
II. Naturwissenschaftlicher Verursachungsbegriff	344
1. Äquivalenztheorie	344
a) Grundsatz	344
b) Schwächen der <i>condicio sine qua non</i> -Formel	345
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	346
III. Notwendigkeit einer normativen Einschränkung	346
IV. Kriterien der objektiven Zurechnung	346
1. Adäquanz	346
a) Das Urteil des optimalen Beurteilers	347
b) Kritik	347
2. Schutzzweck der Norm	348
V. Hypothetische Kausalität	350
1. Problemstellung	350
2. Schadensanlage	351
3. Ersatzpflicht eines Dritten	351
4. Die sonstigen Fälle	351
VI. Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	352
VII. Zurechnungsprobleme bei mittelbarer Kausalität	353
1. Schockschäden	353
2. Selbstschädigendes Verhalten (Herausforderungsfälle)	354
3. Drittvermittelte Kausalität (Herausforderung Dritter)	356
VIII. Vorteilsausgleichung	357
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	359
I. Grundsatz	359
II. Ausnahmen	359
1. Ersatz der Beerdigungskosten (§ 844 I)	359
2. Ersatz des Unterhaltschadens (§ 844 II)	359
3. Schadensersatz wegen entgangener Dienste (§ 845)	360
III. Abgrenzungen	360
IV. Drittschadensliquidation	361
1. Allgemeines	361
2. Fallgruppen	361
a) Obligatorische Gefahrentlastung	362
b) Mittelbare Stellvertretung	362
c) Obhut für fremde Sachen	363
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	364
I. Der Grundsatz der Naturalrestitution	364
1. Allgemeines	364
2. Schadensersatz in Geld statt Naturalrestitution durch den Schädiger	364
3. Die Dispositionsfreiheit des Geschädigten	366
a) Sachschäden	366
b) Körperschäden	367
II. Der Anspruch auf Entschädigung in Geld (Wertersatz)	367
1. Unmöglichkeit der Herstellung (§ 251 I Alt. 1)	367
2. Ungenügende Herstellung (§ 251 I Alt. 2)	368
3. Herstellung nur mit unverhältnismäßigem Aufwand (§ 251 II)	368
III. Entgangener Gewinn (§ 252)	372
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	372
I. Historische Entwicklung	372
II. Voraussetzungen des Schmerzensgeldanspruchs nach § 253 II	373
1. Verwirklichung eines haftungsbegründenden Tatbestands	373
2. Rechtsgutsverletzung	373
III. Bemessung des Schmerzensgeldes	374
1. Die Funktion des Schmerzensgeldanspruchs	374
2. Schmerzensgeld bei vollständiger Zerstörung der Persönlichkeit	375

3. Orientierung am Maß der objektiven Lebensbeeinträchtigung	375
IV. Entschädigung in Geld bei Persönlichkeitsverletzungen	376
1. Grundlagen	376
2. Die Präventivfunktion der Entschädigung	377
§ 49 Grenzfälle	378
I. Verlust von Gebrauchsvorteilen	378
1. Problemstellung	378
2. Die Unterscheidung zwischen zentralen und sonstigen Gütern	379
3. Fühlbarkeit der Nutzungsbeeinträchtigung	380
4. Höhe des Anspruchs	380
II. Fehlgeschlagene Aufwendungen	380
III. Ersatzfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen	381
IV. Verlust oder Einschränkung der Arbeitskraft	382
V. Urlaub und Freizeit	383
1. Problemstellung	383
2. Der Kommerzialisierungsgedanke	383
3. Die Regelung des § 651f II	383
4. Nutzlos vertane Freizeit	384
VI. Kindesunterhalt als Schaden	385
1. Geburt eines ungewollten Kindes (wrongful birth)	385
2. Geburt eines behinderten Kindes (wrongful life)	387
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	388
I. Allgemeines	388
1. Die Grundentscheidungen des § 254	388
a) Gleichbehandlungsgrundsatz	388
b) Quotenteilungsprinzip	389
2. Der Grundgedanke des Mitverschuldens	389
3. Bezugspunkt des Verschuldens in § 254	389
4. Anwendungsbereich des § 254	390
II. Voraussetzungen der Mitverantwortlichkeit	391
1. Überblick	391
2. Mitverantwortlichkeit für die Entstehung des Schadens	391
a) Mitverursachung eines eigenen Schadens	391
b) Obliegenheitsverletzung	392
c) Verschulden	392
d) Gefährdungshaftung des Geschädigten	393
e) Obliegenheit zur Schadensabwendung oder Schadensminderung	394
f) Warnung vor ungewöhnlich hohem Schaden	395
g) Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	396
III. Rechtsfolgen	397
IV. Handeln auf eigene Gefahr	398
1. Teilnahme an gefährlichen Fahrten	398
2. Teilnahme an gefährlichen Sportarten	398
3. Handeln auf eigene Gefahr und Gefährdungshaftung	399
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	401
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	401
I. Zweck	401
II. Abgrenzung zwischen echtem und unechtem Vertrag zugunsten Dritter	401
III. Dogmatische Einordnung	402
1. Kein eigener Vertragstyp	402
2. Durchbrechung des Vertragsprinzips	402
IV. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten	403
1. Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner (Deckungsverhältnis)	404
2. Das Verhältnis zwischen Gläubiger und Drittem (Valutaverhältnis)	404
3. Verhältnis zwischen Schuldner und Drittem (Vollzugsvorhältnis)	404
a) Dogmatische Einordnung	404
b) Die Geltendmachung von Leistungsstörungsrechten	405
c) Einwendungen des Schuldners aus dem Deckungsverhältnis	405

V. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	406
VI. Widerrufsrecht des Gläubigers	407
VII. Form des Vertrags zugunsten Dritter	407
VIII. Abgrenzung von verwandten Rechtsfiguren	408
1. Anweisung	408
2. Abtretung	408
3. Stellvertretung	408
4. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	409
IX. Verfügungen zugunsten Dritter	409
1. Dingliche Verfügungen zugunsten Dritter	410
2. Schuldrechtliche Verfügungsgeschäfte zugunsten Dritter	410
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	412
I. Überblick	412
1. Problemstellung	412
2. Arten des Gläubigerwechsels	412
3. Anwendungsbereich der §§ 398ff.	412
II. Dogmatische Grundlagen der Abtretung	413
1. Struktur der Abtretung	413
2. Die Abtretung als Verfügungsgeschäft	413
3. Abgrenzungen	414
a) Vertragsübernahme	414
b) Einziehungsermächtigung	414
III. Voraussetzungen der Abtretung	415
1. Vertrag	415
2. Existenz der Forderung und Inhaberschaft des Zedenten	416
3. Bestimmbarkeit der Forderung	417
4. Übertragbarkeit der Forderung	418
a) Allgemeines	418
b) Ausschluss der Abtretbarkeit kraft Gesetzes	418
c) Vertragliches Abtretungsverbot	420
IV. Rechtsfolgen der Abtretung	421
1. Übergang der Forderung auf den Neugläubiger	421
2. Übergang von Sicherungs- und Vorzugsrechten	421
3. Pflichten des Altgläubigers	422
V. Der Schutz des Schuldners	422
1. Im Zeitpunkt der Abtretung begründete Einwendungen	422
a) Der Anwendungsbereich des § 404	423
b) Ausschluss von Einwendungen nach § 405	424
2. Einwendungen aus der Abtretung	425
3. Aufrechnung gegenüber dem neuen Gläubiger	425
a) Problemstellung	425
b) Entstehung der Aufrechnungslage vor der Abtretung	426
c) Entstehung der Aufrechnungslage nach der Abtretung	426
4. Der Schuldnerschutz nach §§ 407–410	427
a) Rechtsgeschäfte in Unkenntnis der Abtretung	427
b) Mehrfache Abtretung	429
c) Abtretungsanzeige	429
d) Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners	430
VI. Spezifische Abtretungsmodelle	431
1. Sicherungszession	431
2. Inkassozession	432
VII. Die Legalzession	432
§ 53 Der Austausch des Schuldners	433
I. Überblick	433
II. Die privative Schuldübernahme	434
1. Voraussetzungen	434
a) Vertrag zwischen Gläubiger und Übernehmer (§ 414)	434
b) Vertrag zwischen Altschuldner und Übernehmer (§ 415)	434
c) Ausschluss der Schuldübernahme	436

2. Rechtsfolgen	436
a) Wechsel des Schuldners	436
b) Erlöschen von Sicherungsrechten	436
c) Einwendungen des Übernehmers	437
3. Abgrenzung zur Vertragsübernahme	438
III. Der Schuldbeitritt	439
1. Zulässigkeit und Voraussetzungen	439
2. Wirkungen des Schuldbeitritts	439
3. Abgrenzung zur Bürgschaft	440
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldndern	441
I. Gläubigermehrheiten	441
1. Überblick	441
2. Teilgläubigerschaft	441
a) Voraussetzungen	441
b) Rechtsfolgen	442
3. Gesamtgläubigerschaft	442
a) Voraussetzungen	442
b) Rechtsfolgen	443
4. Mitgliedgläubigerschaft	443
II. Schuldnermehrheiten	444
1. Teilschuld	444
a) Voraussetzungen	444
b) Rechtsfolgen	445
2. Gesamtschuld	445
a) Voraussetzungen	445
b) Wirkungen der Gesamtschuld im Außenverhältnis	448
c) Das Innenverhältnis zwischen den Schuldndern	449
d) Gestörtes Gesamtschuldverhältnis	451
3. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft	453
Anhang I: Das Leistungsstörungsrecht in der Fallbearbeitung	455
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	455
I. Allgemeines	455
II. Der Anspruch auf einfachen Schadensersatz	456
III. Der Anspruch auf Ersatz des Verzögerungsschadens	458
IV. Schadensersatz statt der Leistung	459
V. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	460
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	460
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	462
D. Rücktritt	464
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	467
Paragraphenregister	471
Sachverzeichnis	479
Entscheidungsregister	489